

AUS DEM BERICHT ÜBER DAS BUNDESWEHR-BUNDESSEMINAR DES SDS UND PROGRESSIVER VK-GRUPPEN

Aus der Analyse der Genesis der bewaffneten Streitkräfte der BRD, der historisch-politischen Situation des "Ost-West-Konflikts" und der allgemeinen Funktion der Streitkräfte und der Rüstung im Spätkapitalismus ergaben sich folgende Aspekte für die Funktion der Bw :

1. Sie hat eine außenpolitische Funktion, aber nicht im Sinne der Militärideologie. Historisch war die Bw gedacht als Instrument des roll-back und in der zweiten Phase nach dem Scheitern der Dulles-Politik als Instrument des containment gegen das sozialistische Lager , gegen die Länder der Trikontinente und gegen gesellschaftsemanzipatorische Bewegungen innerhalb des spätkapitalistischen Lgers . Die Bw soll eine Schutzfunktion gegen kommunistische Aggression haben, die aufgrund der Doktrin der kommunistischen Weltrevolution als äußerste Gefahr den abhängigen Massen suggeriert wurde und wird. Von hierher und von der Funktion der Verteidigung der Grundordnung der BRD her sind die bewaffneten Streitkräfte legitimiert. Verteidigung und Schutz erweisen sich der kritischen Rationalität als Scheinlegitimation, als Repressionsmittel und als Vorwand. Einmal ist Verteidigung aufgrund der waffentechnischen Entwicklung (sowohl hinsichtlich der konventionellen Waffen: Napalm, Flächenschießen, Langstreckenraketen, als auch hinsichtlich der ABC-Waffen : z. B. taktische A-Waffen) , aufgrund der militärstrategischen Lage Westdeutschlands (WD ist im Falle eines Krieges Hauptkampfplatz und Opfer von Angriff- und Verteidigungswaffen) und aufgrund der NATO-"Verteidigungsstrategien" (so nach dem NATO-Dokument C 14/III und nach dem Luftverteidigungsplan) weder hinsichtlich der Verteidigung des Territoriums noch erst recht hinsichtlich der der Zivilbevölkerung unmöglich, zum anderen erweist sich auch die Funktion des Schutzes als Vorwand. Seit der Chruschtschow-Kennedy-Ära wird die "friedliche Koexistenz" praktiziert nicht als friedliches Nebeneinander verschiedener gesellschaftlicher Systeme, sondern faktisch als durch die Absprache der beiden Atomgiganten USA und UdSSR garantierte Aufteilung der Welt und als manifeste Internationale der Unterdrückung von US - Imperialismus und imperialer stalinistisch-bürokratischer SU-Konflikte in der Einflußsphäre der einen Supermacht werden von der anderen lediglich unter verbalradikalen Protesten als interne Konflikte ohne Einmischung geduldet (siehe Dominikanische Republik, US-Invasion im Libanon, israelisch-arabischer Konflikt, Vietnam, DDR, Ungarn, CSSR, etc..). Die "kommunistische Gefahr erweist sich faktisch als Fiktion. (Auf ihre gesellschaftliche Funktion wird später eingegangen). Aber in anderer Hinsicht hat die Bw in der Tat eine außenpolitische Funktion. Sie soll es den Machteliten Westdeutschlands ermöglichen, aufgrund der militärischen und ökonomischen Potenz auch in Westeuropa dominierenden politischen Einfluß zu erreichen (siehe den Plan des westdeutschen Monopolkapitals und seiner politischen Lakaien, das Projekt der "Formierten Gesellschaft" als ordnungspolitisches Modell für Westeuropa durchzusetzen.) Der militärische Einfluß der Bw in der NATO - immerhin ist die westdeutsche Armee die stärkste konventionelle Westeuropas, ist das Rüstungsbudget der BRD das größte Westeuropas, sind 33% aller wichtigen Posten der NATO-Stäbe von westdeutschen Generälen und Admirälen besetzt, ist ein ehemaliger Nazi-General Oberbefehlshaber von Europa-Mitte etc. - schlägt sich selbstverständlich auch in einem politischen Einfluß nieder, der in der Forderung zunächst nach atomarer Mitverfügung und Mitbesitz (siehe das neueste Projekt Großbritanniens, der Niederlande und der BRD zur Atomgewinnung) dann nach Hegemonie in Westeuropa gipfelt.

Eine weitere außenpolitische Funktion der Bw liegt in der Rolle der BRD als Teil des US-imperialistischen Lagers in der Internationale der Unterdrückung. So trainiert die Bw Offziere und Mannschaften afrikanischer Armeen (Senegal, Nigeria, Südafrika) und asiatischer Armeen (Südvietnam, Indonesien), für die systematische Unterdrückung revolutionärer Emanzipationsbewegungen, durch Bw-Militärberater in den Staaten der Dritten Welt, durch Rüstungs- und Wirtschaftshilfe, durch die Zusammenarbeit mit den fascisti-

- 5 -

schen und diktatorischen Staaten Portugal und Griechenland.

2. Im spätkapitalistischen System hat die Bw eine eminente ökonomische Funktion: sie sichert zumindest tendenziell die Vollbeschäftigung und ermöglicht es sogar, daß hunderttausend Gastarbeiter in WD arbeiten können (hierdurch wird in den "unterentwickelten" Ländern der "freien Welt", Südtalien und Sizilien, Türkei, Griechenland, Portugal, Spanien, verhindert, daß eine offene revolutionäre Klassenkampf-situation entsteht, dadurch daß unbeschäftigte Massen abgezogen werden können: hier wird also pazifiziert.) Bewaffnete Streitkräfte und die dadurch ermöglichte Rüstungsindustrie sichern steigende Profite, Vernichtung des gefährlichen Surplus, verhindern die Aufdeckung der latenten sozialistischen Strukturen in der Großindustrie, in der per Rüstung längst die Kosten sozialisiert sind, die Profite aber privatisiert bleiben, finanzieren die Investitions- und Entwicklungskosten für den technologischen Fortschritt.

3. Die nach Ansicht des Seminars wesentlichste Funktion der Bw ist innen- und gesellschaftspolitisch.

a) Die Bw hat als "autoritäre Schule der Nation" eindeutig eine Disziplinierungs- und Formierungsfunktion. Nahezu 50% aller tauglichen Wehrpflichtigen gehören für 18 Monate dieser undemokratisch strukturierten und antidemokratischen Institution an, die für die Herrschenden der stärkste Repressions- und Manipulationsapparat ist. Die zum größten Teil unpolitischen und durch Elternhaus, Schule und Betrieb und Massenkommunikationsinstrumente entpolitisierten Soldaten sind hier einer umfassenden Reglementierung und einem totalen, unentrinnbaren Abhängigkeits- und Zwangsverhältnis unterworfen. Systematisch wird der Wille des Einzelnen gebrochen durch ein absolutes Befehl-Gehorsam-Verhältnis, wird der einzelne eingeschüchtert und durch die vielfältigen Repressionsmöglichkeiten diszipliniert, bis er völlig verfügbat und einsetzbar geworden ist. Er lernt es, das unbedingte Vorgesetzter-Untergebener-Verhältnis zu verinnerlichen und wie ein Pawlowscher Hund auf Befehl zu reagieren. Ziel der Ausbildung ist der als Teil einer militärischen Einheit funktionierende Soldat, der sich unter- und einordnet. Dadurch, daß er seine Rechte als Vergünstigungen erfährt, die in der Praxis minimalisiert werden, wird er korumpiert. Die Korruption fördert dazu noch der Aufbau der Ausbildung: der dreimonatigen Grundausbildung, die den Soldaten physisch und psychisch erschöpft, folgen 15 Monate, die mehr oder weniger vergammelt werden.

Während der Bw-Zeit wird der Soldat systematisch antikommunistisch und im Sinne der Interessen der Herrschenden indoktriniert. Jegliche Meinungsäußerung, die nicht im Sinne der Herrschenden, und ihrer regierenden und militärischen Masken ist, wird unterdrückt, besonders durch die Maulkorbparagraphen 7, 8, 15, 17 des Soldatengesetzes. Kritik an den Grundlagen der westdeutschen Politik, an der Verteidigungs-, Außen-, und Ostpolitik der Regierung ist wehrkraftzersetzend, Verstoß gegen die "Pflicht zum treuen Dienen", gegen das Ansehen der Bw, etc. Das Ergebnis der Dienstzeit ist ein angepaßter, entdemokratisierter, sich willig unterordnender, entpolitisierter Bürger, der die hierarchische Ordnung, das Prinzip des Gehorsams und des Dienens im Sinne der Machteliten, der unbedingten Anerkennung irrationaler Autorität und Herrschaft internalisiert hat. Er ist leichte Beute der gesamtgesellschaftlichen Manipulations- und Integrationsmechanismen- oder nach den Worten des Jahresberichts 1967 des Bdl: "Ein gedienter Arbeiter ist ein guter Arbeiter."

b) Aufgrund der Notstandsgesetze ist die Bw zum stärksten Instrument der Konterrevolution und des Polizeistaates geworden. Sie wird im von den Herrschenden gegen uns inszenierten Notstand und im Spannungsfall zum Schutz ziviler Objekte, wie der Springer-Druckereien und Verlagshäuser, zum Schutz von Fabriken und Sendern, Regierungs- und Verwaltungsgebäuden und zur Verkehrsregelung, dh. zur Zerschlagung von Demonstrationen eingesetzt. Sie ist Bürgerkriegs- und Streikbrecherorganisation bei allen politischen Streiks (unerlaubt sind Streiks als politisches Kampfmittel und Streiks, die gegen die sog. Sozialadäquanz verstoßen.) Die Bw übt systematisch den Einsatz im Innern, das Zerschlagen von Streiks, die Niederwerfung von Demonstrationen, Saalschlachten, Häuser- und Straßenkampf. Die Soldaten aber werden nicht nur technisch-taktisch auf

passivierende Resignation der Verweigerer gefördert, die sie aus der revolutionären Bewegung ausschloß.

Das Recht der Kriegsdienstverweigerung war, solange es als Privileg für individual-ethische Verweigerer zur Befriedigung ihres privaten "Gewissens" verstanden wurde, die intendierte Funktion des Alibis, machte es zu einem Herrschaftsinstrument der Machtclique durch die schein tolerante Verschleierung der Inhumanität des Systems, die so erreicht wird. Kriegsdienstverweigerer wurden, solange sie die Verweigerung als Einzelakt zur Sicherung und Wahrung ihrer persönlichen moralischen Integrität sahen - und Art. 4,3 GG hatte das nur gewollt - zu ungewollten und unbewußten Komplizen des repressiven Systems. Die oktroyierten Spielregeln der repressiven Gesellschaft, die Zersplitterung und Solidaritätsbindung beabsichtigt, durch die Inanspruchnahme des Grundrechts der KDV akzeptierten, halfen sie mit an der Verbergung der Intentionen oder als normal geltenden inhumanen Ausübung autoritärer Herrschaft. Die KDV wurde so als weis herrschender Toleranz und funktionierender Demokratie. KDV war geduldetes und von den Herrschenden korrumpiertes und korrumpierendes Instrument der Unterdrückung demokratischer Opposition. Die den Kriegsdienstverweigerern gewährte Toleranz war einmal scheinhaft, da sie zwar das verbale Bekenntnis zum "Pazifismus" erlaubte, nicht aber die Tat zur Ermöglichung dessen durch gesellschaftsrevolutionärendes Handeln, zum zweiten repressiv, da sie den Einzelnen genügsam machte und ihn hinderte, die von den Herrschenden gesteckte Grenze der "Toleranz" zu überschreiten.

Die Kampagne der massenhaften politischen Kriegsdienstverweigerung muß die Verweigerung als Instrument der Täuschung und des Freispruchs des Systems umfunktionieren in ein Instrument des bewußten Widerstandes.

Ein weiterer Teil der Kampagne ist die Heranziehung und systematische Schulung von Kadern, die in die Bw gehen wollen, damit sie taktisch richtig vorgehen und als "Wissende" nicht unter dem physischen und psychischen Druck zerbrechen.

5. Zur Sabotagediskussion wurde scharf verurteilt, wenn in der gegenwärtigen Phase der Auseinandersetzung mit der organisierten Konterrevolution durch Gewaltakte menschengefährdende Sabotageakte durchgeführt würden. Sabotage wurde inhaltlich als Sabotage des inneren Dienstbetriebs bejaht. Erst in einer Situation des inszenierten Notstandes, in dem die sozialistische Opposition vernichtet werden soll, hat Sabotage als materielle Sabotage einen politischen Stellenwert; sie ist dann gerade zu eine Frage des Lebens und Überlebens.

6. Da die Bw wie jede andere hochtechnisierte Armee immer mehr zu einer Berufsarmee wird, (60 % Berufs- und Zeitsoldaten gegenüber 40 % Wehrpflichtigen heute), die Herrschenden aber nicht auf eine "Schule der Nation" und auf eine totale Militarisierung verzichten können, muß in eine Anti-Bw-Strategie auch die Strategie des Kampfes gegen die paramilitärischen Organisationen, in die aufgrund der NS-Gesetze die Wehrpflichtigen eingezogen werden können, einbezogen werden. Dieser Aspekt wurde nicht näher diskutiert.

7. Die Anti-Bw-Strategie ist nur Teilstrategie; sie muß immer gesehen werden als Strategie gegen ein Instrument der Konterrevolution, deren Ziel die Veruntauglichung dieses Instruments ist. Sie kann nicht die Errichtung von Doppelherrschaft sein mit dem Ziel, daß sich aus der Basis direkt demokratische Organisationstypen bilden. Sie ist eingeschränkt in ihrer Funktion, nicht gesellschaftssemantizierend. (Weiteres. APOPRESS Nr. 3 - auch die Beschlüsse des Seminars dort nachzulesen.)

Die VK-Gruppe Hamburg führt jeden Sonntag Kasernenaktionen vor den Hamburger Kasernen durch. Jede Aktionsgruppe für jede der 6 wichtigen Kasernen muß vier Mann und ein Auto umfassen. Alle Genossen, die an der Kasernenarbeit interessiert sind, werden gebeten, sonntags um 17 Uhr im VK-Büro, Große Bleichen 23/27 zu sein.

diesen Einsatz vorbereitet, sondern auch psychologisch durch systematische Hetze gegen die emazipatorische Bewegung der Schüler, Studenten und Arbeiter.

4. Aus dieser Analyse der Funktion der Bw folgte die Diskussion über die Strategie der Anti-Bundeswehr-Kampagne, die im wesentlichen eine Diskussion der Strategie der Frankfurter Gruppe war.

Die Strategie unseres Kampfes vermag sich effektiv und real nur gegen die innen- und gesellschaftspolitische Funktion der Bw zu richten. Ziel unserer Kampagne ist die - zumindest partielle Verunsicherung, Zersetzung und Lähmung der Bw. Inhaltlich meint das, die irrationalen Autoritäten zu verlächerlichen und zu zersetzen, das sog. Vertrauens- und Kameradschaftsverhältnis zu unterlaufen, die Integrationsmechanismen zu druchbrechen, Unruhe in die Truppe zu tragen, kritische Gegenöffnetlichkeit herzustellen.

Unsere Mittel dazu sind

1. die verstärkte Produktion von Kriegsdienstverweigerern in den Kasernen ,
2. die Kader- und Basisgruppenarbeit in der Truppe ,
3. die permanente Aktion vor den Kasernen, die Kontakte nach innen erst schafft, aufrechterhält und ausbaut, und die koordinierte Aktion und Arbeit von innen und außen.

Die Kriegsdienstverweigerung kann für uns dabei nur die Funktion eines Vehikels für unsere politischen Ziele haben. Sie ist noch bester Ansatzpunkt, Soldaten zu mobilisieren und zu politisieren , da sie eine gewisse Attraktivität besitzt. Zwar erreichen wir durch die steigende Zahl der Antragstellungen eine Verunsicherung der Bw in einigen, auch strategisch wichtigen Einheiten(Panzer-Artillerie- und Fernmeldeeinheiten), aber die dadurch an bestimmten Waffensystemen verursachten Ausfälle sind in keiner Weise bedrohlich und gefährlich für die Einsatzbereitschaft der Bw. Daß durch die steigenden Zahlen der Kriegsdienstverweigerer die Einsatzbereitschaft der Truppe gefährdet sei, ist Teil einer Kampagne der Herrschenden zur Ermöglichung der Einschränkung bzw. zeitweiligen Suspendierung des Rechtes der Verweigerung. Sie soll als beliebter Vorwand die notwendige Pogromstimmung der manipulierten Massen schaffen, die glauben sollen, die heilige Kuh "Sicherheit vor der Gefahr aus dem Osten" sei angegriffen, damit weitere Grundgesetzänderungen als im Interesse der Abhängigen liegend erscheinen.

Kriegsdienstverweigerer in der Truppe müssen politisiert werden, damit sie sich als politische Kader innerhalb der Kasernen verstehen können. Weiteres Mittel zur Erreichung unseres Ziel es ist die volle Ausnutzung des juristischen Freiheitsspielraumes der Soldaten. Die Kader arbeiten als Rechtsberater, die ihren Kameraden genau sagen können, wie und wo sie sich wehren können. Sie arbeiten so, daß sie sich bei ihnen beliebt und nützlich machen, um so zu informellen Führern von Kameradschaftsgruppen zu werden. Sie verlächerlichen und verunsichern die Autorität der Vorgesetzten im politischen Unterricht. Sie erreichen dadurch, daß sich ihre Kameraden nicht mehr, da sie rechtbewußt geworden sind, einschüchtern lassen, daß sie selbstsicherer werden, daß sie nicht mehr voll verfügbar und einsetzbar sind, daß sich ein Problembewußtsein bei ihnen bildet. Sie erreichen dadurch, daß die Autorität der Ausbilder und Offiziere untergraben, das Vertrauensverhältnis gestört und die Integration und Formierung- zumindest teilweise- erheblich gestört wird. Dadurch schaffen sie die Voraussetzung für Gegeninformation, Mobilisierung und Politisierung ihrer Kameraden, die, wenn sie die latenten Widersprüche des Systems erkennen, selbst Kader werden können, sodaß es zur Bildung von Basisgruppen und Widerstandszentren in den Einheiten selbst kommt. Es ist unbedingt notwendig, daß sich die Intentionen der Herrschenden mit dem Recht der Kriegsdienstverweigerung nicht erfüllt werden, daß es sich als Bumerang für sie erweist. Durch den Gewissensvorbehalt des Artikels 4,3 GG wurde eine Privatisierung, Entsolidarisierung und Isolierung der Verweigerer sowohl von den Nichtverweigerern, als auch von anderen Verweigerern erreicht, sodaß sich keine solidarischen Gruppen bilden konnten. Damit blieb die Verweigerung das Recht weniger Einzelner, gleichzeitig wurde die Doppelisolierung internalisiert. Gesellschaftliche Konflikte verinnerlichte und privatisierte der Einzelne ohne politische Konsequenzen. Damit wurde eine

Die bisherige Reaktion auf die Anti-Bundeswehr-Kampagne

Die Reaktion der Herrschenden auf die Strategie der Anti-BW-Kampagne konkretisiert sich momentan auf mehreren Ebenen, um die angestrebte Disziplinierung der Truppe zu effektivieren oder wiederherzustellen. Aus dem nachfolgenden, detaillierten Bericht "Zur Situation in den Kasernen" lassen sich die wesentlichen Ansatzpunkte herauskristallisieren:

- Verhinderung der Kommunikation zwischen Soldaten und jeder Art von Bundeswehrgenern
- Diskriminierung und Kriminalisierung (staatsfeindlich, wehrkraftzersetzend) des grundgesetzlich verankerten Kriegsdienstverweigerungsrechtes
- Direkte Einschränkung des bisherigen Verweigerungsrechtes
- Psychologische Anti-ApO-Aufbereitung der Truppe

ZUR SITUATION IN DEN KASERNEN

Wegen der Wahl des Bundespräsidenten hatten Einheiten der Bundeswehr Ausgangs- und Urlaubssperre; hierbei handelte es sich besonders um Einheiten der Führungsgruppen, von Panzer- und Artillerietruppen.

Bei den laufenden Manövern und Übungen stehen Strassen- und Häuserkampf, Bandenbekämpfung und militärischer Einsatz unter den Bedingungen des "verdeckten Kampfes" auf dem Manöverplan.

Besonders seit Ende Dezember 68 kann man eine verstärkte und systematische Hetzkampagne in den Kasernen gegen die ApO, besonders gegen SDS und im Einzugsbereich der Frankfurter VK-Gruppen (Hessen, Rheinland-Pfalz, Rhön) gegen den VK feststellen. Kompaniechefs spielen mit ihren Einheiten - besonders Grundausbildungseinheiten - eine Übungslage durch, bei der SDS-Genossen, "Banditen, Handlanger Ulbrichts, Staatsfeinde" genannt, Kasernen belagern und stürmen.

Das Verbrechen von Lebach wird unterschwellig mit der ApO in Verbindung gebracht. Bei Briefaktionen der Frankfurter VK-Gruppe wurden bislang ungefähr 15.000 Soldaten angeschrieben; ihnen wurden Informationsmaterialien zur Kriegsdienstverweigerung, zum Beschwerderecht und zur Gelöbnisverweigerung zugeschickt. Während wochenlang solche an geschlossenen Einheiten (Kompanien, Bataillone) gerichteten Briefe zwar vor der Auslieferung geöffnet, vom MAD und vom Sicherheitsoffizier gelesen und registriert wurden, dann aber während einer besonderen Einheitsbelehrung verteilt wurden, wurden zwei Briefsendungen an das Panzergrenadierbataillon 42 in Kasse!, Wittichkaserne und an eine Kompanie des Panzerartilleriebataillons 55 vom Sicherheitsoffizier angehalten und von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt, da die Sendungen "wehrkraftzersetzend" seien und die Sicherheit der RD gefährdeten. Inhalt der Sendungen waren Informationen über besondere, verschwiegenen Vorkommnisse in den beiden Kasernen und Informationen über Rechte der Soldaten gegenüber ihren Vorgesetzten.

Die Hamburger VK-Gruppe schickte in einer Briefaktion an das Luftwaffenausbildungsregiment 1 in Pinneberg Flugblätter, in denen sie die Soldaten über ihr Recht der Gelöbnisverweigerung aufklärten (kein Gelöbnis auf die Notstandsverfassung). Die Briefe wurden Dienstags in Pinneberg aufgegeben; samstags wurden die Briefe zum Teil ausgegeben. Flugblätter, gleich welchen Inhalts, die jeden Sonntag an die aus dem Wochenendurlaub zurückkehrenden Soldaten verteilt werden, werden als "wehrkraftzersetzend" und als "die Ordnung und Sicherheit der Bundeswehr gefährdend" bezeichnet, auch wenn sie nur über das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung aufklären. In allen Waffengattungen gibt es Regiments-, Divisions- und Bataillonsbefehle, wonach diese Flugblätter von den Soldaten nicht angenommen werden dürfen. Soldaten, die die Flugblätter angenommen haben, müssen sie an der Wache abliefern. Sonst werden sie durchsucht oder vorläufig festgenommen.

In Veitshöchheim wurde ein Soldat, Kriegsdienstverweigerer, zu 21 Tagen Arrest verurteilt, weil er vor der Kaserne ausserhalb des Dienstes und in Zivil Flugblätter zur Kriegs-

dienstverweigerung des VK verteilte. Begründung: der VK sei eine "staatsfeindliche Organisation"; Teilnahme an Aktionen des VK sei "wehrkraftzersetzend".

In Kassel wurden Soldaten wegen derselben Tat ebenfalls zu 21 Tagen Arrest verurteilt. Begründung: ihr Handeln sei "wehrkraftzersetzend" und "verfassungsfeindlich", weil der VK, von dem die Flugblätter waren, "die BW zersetzen" wolle und "die Revolte der ApO in die BW tragen" wolle.

Kriegsdienstverweigernde Soldaten wurden, obwohl sie in Zivil, in ihrer Freizeit und ausserhalb des Bundeswehrgeländes eigene Flugblätter verteilten, in denen sie auf ihre Diskussionsabende aufmerksam machten, vorläufig festgenommen und für 24 Stunden in Arrest gehalten, weil "befürchtet werden musste, dass sie Flugblätter des VK verteilten. Ein Eingreifen der Wache war auf Grund des Gesetzes über den unmittelbaren Zwang der BW notwendig, weil der Verdacht bestand, dass Gefahr im Verzuge sei."

Zwei Kriegsdienstverweigerer, z. Zt. noch Soldaten, wurden zu 14 bzw. 10 Tagen Arrest verurteilt, weil sie Informationsmaterial des VK in der Kaserne weitergegeben haben. Begründung: Werbung für eine extreme politische Gruppe, daher Verstoss gegen §15 Soldatengesetz (unerlaubte politische Betätigung).

Der Verlierer der Bundespräsidentenwahl gab einen neuen Erlass zur Behandlung kriegsdienstverweigernder Soldaten heraus. Schröders Erlass, der am 1.3.69 in Kraft trat, bestimmte, dass Kriegsdienstverweigerer in der Truppe gegen ihre Gewissensentscheidung Dienst mit der Waffe leisten müssen bis zu ihrer rechtskräftigen Anerkennung. Gleichzeitig sinkt die Anerkennungsquote in den beiden ersten Instanzen für Soldaten; gleichzeitig werden die Verhandlungen in den Prüfungsausschüssen und -kammern verschärft. Mehr als 1800 Kriegsdienstverweigerer stellten ihren Antrag auf Anerkennung im Januar 1969.

jeden Mittwoch, 20 Uhr BW-Projektgruppe
Arbeitskreis "Faschisierungstendenzen in der BW"
VK, Grosse Bleichen 23/27, Zi. 163

jeden Sonntag, 17 Uhr
Aktionsbesprechung, anschliessend Kasernenaktion
K.C., Rothenbaumchaussee 95

Die SDAJ veranstaltet ein Arbeiterjugendgericht am 14.3.69, 19 Uhr im Haus der Jugend, Stintfang, Alfred-Wegener-Weg

Aufgezeigt werden sollen Disziplinierungsmaßnahmen gegen Lehrlinge.

Aus der vom SDAJ zu diesem Anlaß hrsg. Pressemitteilung sind zwei Punkte erwähnenswert:

- o Wie dem Jahresbericht des Deutschen Industrie- und Handelstages zu entnehmen ist, wird zusätzlich zu den schon auf Länderebene bestehenden Betriebsschutzeinrichtungen eine "Bundesstelle für innerbetriebliche Sicherheit" eingerichtet, der die Aufgabe zukommt, die Koordination aller Maßnahmen zur Abwehr von Streiks, Fabrikbesetzungen, politischer Agitation in den Betrieben vorzunehmen und eine einheitliche Strategie zur Disziplinierung der Arbeiter, zunächst insbesondere der Lehrlingen auszuarbeiten.
- o Im Zusammenhang damit steht ein Artikel in dem Mitteilungsblatt der Innung für Radio- und Fernsehtechnik Hamburg (Dezembernummer 1968) mit dem Titel "Achtet auf die Lehrlinge", wo vor "zerstörerischer Agitation" unter den Lehrlingen gewarnt wird. In sechs Punkten empfiehlt die Innung den Lehrherren gegenüber den kritischen Lehrlingen ein bestimmtes Verhalten. Unter anderem wird eine vorzeitige Entlassung aus dem Lehrverhältnis, wenn die Gefahr besteht, daß die Lehrlinge aufsässig werden, gefordert

.....